

Das Elend der bürgerlichen Parteien in Deutschland

Die Novemberrevolution 1918 stürzte die Großbourgeoisie in höchste Befürchtungen. War mit dem Sturz der Monarchie auch die herrschende Klasse gefährdet? Mußte sie die ökonomische und damit politische Macht an die „Unterschichten“ abtreten? Würden die Sozialdemokraten die Burgfriedenspolitik während des 1. Weltkrieges nunmehr aufkündigen? Stünde ein Rätedeutschland, wie es die radikale Linke anstrebte, allen ihren Ambitionen entgegen?

Unversöhnliche Widersprüche hatten die Klassenkämpfe bis zu ihrer höchsten Form intensiviert, zur sozialen Revolution. Die Systemkrise erzeugte das Zittern der Herrschenden. Die bewaffneten Arbeiter waren der tödliche Schrecken der Kapitalisten. Würden die Arbeiter- und Soldatenräte alle Verhältnisse nicht nur zum Tanzen, sondern zum Einsturz bringen?

Aber es taten sich schnell Hoffnungen auf: Die Sozialdemokraten begnügten sich mit des Kaisers Abdankung, dem Ende des mörderischen Krieges und einer „demokratischen Republik“. Liebknechts Ausrufung der „sozialistischen Republik“, das zeigte sich bald, folgten nur Spartakus und die Linke innerhalb der SPD. Die „Volksbeauftragten“ und der „Vollzugausschuß“ waren sozialdemokratisch dominiert, und die „Unabhängigen“ (USPD) im formal paritätischen Vollzugsrat waren sehr gemäßigt und uneinheitlich. Ebert, Scheidemann und Noske hatten genug Erfahrung im Lavieren, und sie predigten „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“.

Den Verfechtern eines Sowjetdeutschlands wurde schon in der Reichsrätekonferenz im Dezember 1918 der politische Boden entzogen, als die Wahlen zu einer Nationalversammlung als allheilendes Mittel der Demokratisierung verkündet und akzeptiert wurden. Die „gemäßigte“ Sozialdemokratie hatte die Mehrheit. Die Linke war in der Minderheit. So hatten sich das russische Kräfteverhältnis von Bolschewiki und Menschewiki hier umgekehrt. Der „Spartakusaufstand“ im Januar 1919 blieb in den Kämpfen im Zeitungsviertel stecken, und die Konterrevolution unter Noskes Führung bekam die Oberhand. Die Bürgerlichen atmeten auf.

Nun brauchte die kapitalistische Klasse neue politische Kampfmittel, also Klassenparteien. Die Deutsch-Nationale Volkspartei hatte mächtige Geldgeber und mächtigen Zulauf. Sie wurde die Speerspitze gegen die „Schwarz-Rot-Mostrich-Republik“. Andere bürgerliche Parteien folgten. Politische Krisen schüttelten Deutschland, übermächtige Reparationen an die Siegermächte erzeugten nationale Wellen, die Inflation und die Weltwirtschaftskrise radikalisierten die politische Rechte, und die erhielt Einfluß auf Indifferente, auf Verunsicherte und auf gesellschaftliche Verlierer. Der Boden für die Nazis, die faschistische NSDAP, wurde bereitet.

Sehen wir uns die Parteigänger des Großkapitals der Zwischenkriegszeit genauer an.

Es leuchtet wohl ein, daß diese Parteien es nicht wagen konnten, sich nach der Nazizeit neu zu gründen.

Die Deutsche Zentrumspartei

Hitlers Mehrheitsbeschaffer

Am 27. Juni 1933 wurde Studienrat Wilhelm Wepner verhaftet. Er stand, gemeinsam mit 51 weiteren Männern, auf der Einlieferungsliste der Schutzhaftgefangenen aus Rathenow, die ins Konzentrationslager Oranienburg verschleppt wurden. Die Liste trägt die Unterschrift von Kriminalsekretär Emil Amelungen, Leiter des Kriminaldienstes und Vertreter der Politischen Polizei in der Stadt. Aber Studienrat Wepner war weder Kommunist noch Sozialdemokrat wie die meisten anderen „Schutz-häftlinge“. Warum holte die so genannte Hilfspolizei – SA-, SS-Leute und Angehörige des „Stahlhelm“ – den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumspartei, Ortsgruppe Rathenow, wie einen politischen Feind aus dem Bett und sperrte ihn in die Turnhalle des Lyzeums Schleusenstraße? Wurde auch er über den Tag „verhört“ und verdroschen von SA-Sturmbannführer Werner, seinem Adjutanten Meiercord und den anderen Schlägern? Und warum wurde der Zentrum-Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Josef Büttner, unbehelligt gelassen? War die katholische Zentrumspartei in Rathenow überhaupt ein für die Nazis gefährlicher Faktor? Lediglich 1006 Angehörige der römisch-katholischen Religion (=3,6% der Bevölkerung) wurden bei der Volkszählung im Juni 1933 erfaßt. Um wenigstens einige Antworten zu finden, muß man die Partei näher betrachten.

Das Zentrum, als katholisch-konservative Partei 1870 gegründet und damit älteste deutsche Partei, war für die Nazis ein verabscheuter Widersacher. Die Partei war der katholischen Soziallehre verpflichtet, die einen sozialen Ausgleich anstelle einer rücksichtslosen Ausbeutung und Unterdrückung der städtischen und Landarbeiter, der Kleinbauern und mittelständischen Händler und Handwerker predigte; schließlich waren die „einfachen“ Katholiken ihre Wähler. Daher lehnte das Zentrum zwar den Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital ab, aber auch den Straßenterror der SA-Schläger und ihrer NSDAP-Führer.

Das Wahlplakat von 1930 zeigt eine Brücke – „Zentrum“ – die eine Schlucht mit unter roten Fahnen Demonstrierenden überspannt. Zwei Jahre später, 1932, fordert die Partei „Zurück zu Brüning – gegen Brudermord; für Ordnung und Aufbau, Arbeit und Brot.“

Die Nazis sahen in der katholischen Kirche und ihrer politischen Repräsentanz eine Gefahr, denn vor der „Machtergreifung“ waren Mitglieder der NSDAP durch katholische Bischöfe von den Sakramenten ausgeschlossen worden.

Alles bisher Geschriebene beschreibt ein ambivalentes Bild der Zentrumspartei. Ihre Politiker waren liberal bis rechtskonservativ, die Linie wandelte sich unter den realen Zwängen, denen sie im Interesse ihrer Machtbeteiligung nachgab. Die Namen von ihrem Vorsitzenden Mathias Erzberger (von Rechtsextremen 1921 ermordet) über Brüning und Papen bis zu Konrad Adenauer stehen für die jeweilige Anpassung.

Heinrich Brüning, 1930 bis 1932 Reichskanzler des Präsidialkabinetts, verbot am 13. April 1932 die SA und SS und wollte auch die NSDAP als staatsfeindlich verbieten. Daraufhin löste ihn Reichspräsident von Hindenburg ab. An seiner Stelle wurde Franz von Papen (ebenfalls Zentrum) berufen, der mit seinem rechtsnationalen Flügel faktisch in Opposition zur eigenen Partei stand. Um seinem Parteiausschluß zuvor zu kommen, trat er zwei Tage vor der Ernennung aus. Er bildete das „Kabinet der nationalen Konzentration“ (Selbstzeugnis), das ein „Kabinet der Barone“ war. Er wurde der Steigbügelhalter Hitlers, der ihn am 30. Januar 1933 zu seinem Vize-kanzler

ernannte.

Hitler war auf die Mehrheitsbeschaffer der DNVP und des Zentrums angewiesen, wollte er mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes, also der Sanktionierung des permanenten Ausnahmezustandes, die faschistische Diktatur errichten. Die Deutschnationalen waren kein Problem, aber beim Zentrum mussten die Nazis vorübergehend um gut' Wetter bitten. Hitler und Papen (so Brüning in seinen Memoiren) legten Anfang März 1933 dem Parteivorsitzenden Ludwig Kaas das Angebot für einen schnellen Abschluß des Reichskonkordates mit dem Heiligen Stuhl vor. Damit wurden Rechte für die katholische Kirche und vermeintlich auch ihrer politischen Vertreter, also des Zentrums, garantiert. Der Preis: Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Angesichts der Verhaftung aller KPD-Abgeordneten und der Drohungen gegen die SPD-Mandatsträger war genug Druck aufgebaut, so dass die Zentrumsleute nachgaben. Am 23. März stimmten die bürgerlichen Parteien im Reichstag mit der NSDAP und verschafften Hitler so die Zweidrittelmehrheit, die zur Aushebelung der Verfassung nötig war.

Durch Vermittlung der Zentrums Politiker kam es zum Reichskonkordat mit der römischen Kurie am 20. Juli 1933. Nach der Unterzeichnung brauchte der Vatikan diese Partei nicht mehr, er regelte seine Angelegenheiten nun auf diplomatischer Ebene mit dem Diktator. Goebbels' Kalkulation war aufgegangen. Er hatte bereits am 28. Juni Brüning aufgefordert, „schleunigst seinen Laden zu schließen“ – das war eine Woche nach dem Verbot der SPD und einen Tag nach der Verhaftung aller sozialdemokratischen Mandatsträger auf allen politischen Ebenen und deren Verschleppung in die KZ, wo die Kommunisten schon seit vier Monaten saßen. Fallen gelassen durch die Papstkirche, löste sich die Zentrumspartei am 5. Juli selbst auf. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan.

Zurück zur eingangs gestellten Frage. Wepner war kein Antifaschist, aber er war mit seiner Lehrtätigkeit bei erzkonservativen, rechtsextremistischen Rathenower Honoratioren angeeckt. Als die Hitlerdiktatur begann, fand sich „aus der Elternschaft“ rasch der „nationale“ Major a.D. Curt Walter zur Denunziation. Am 23. Februar 1933 schwärzte er Wepner beim Reichskommissar Rust vom preußischen Volksbildungsministerium an. Er bezweifelte die Qualifikation des Studienrates, diffamierte ihn als „Welfe“ (also „artfremd“?) und bezichtigte ihn politischer Ansichten, „die m. E. jeder Art von vaterländischer Gesinnung und vaterländischem Denken widerspricht.“ Wepner hatte im Unterricht die Polen als Opfer andauernden Unrechts in deren Geschichte bezeichnet.

Wilhelm Wepner wurde nach vier Wochen – also etwa Ende Juli – aus Oranienburg entlassen. Es ist sicher, dass die gezielte Brutalität der Faschisten ihre Wirkung auf die endliche Auflösung der bürgerlichen Partei hatte.

Der eingangs genannte SA-Sturmbannführer Werner lebte 1973 unbehelligt in Westdeutschland.

Die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)

Vorläufer und Partner der Hitlerfaschisten

Als kleiner Junge hörte ich oft in den Erzählungen der Stendaler Großmutter, die Familie – und da galt der Mann immer als das Oberhaupt, das natürlich auch politisch den Ton vorgab – wäre „deutsch-national“ gewesen. Das hörte sich gegen Ende des Krieges, also dem nahenden Zusammenbruch des Nazireiches, distanzierend an. Nachher versteht man das.

Aber worin war denn Hermann Ziemann, wenn er deutsch-national dachte, anders als die Nazis? Hat er und damit auch seine Frau nach dem I. Weltkrieg die Deutsch-Nationale Volkspartei gewählt? Sicher. Sehen wir uns die Partei doch mal an.

Die DNVP wurde als rechtskonservative Partei im November 1918 gegründet. Ja, nach dem Beginn der Novemberrevolution. Also doch wohl als Reaktion auf die für die Großbourgeoisie bestürzenden Ereignisse, als linke Elemente den Ordnungsstaat kaputt machten, in dem sie sich trefflich eingerichtet hatte. Dem Kaiser konnten sie nur vorwerfen, dass er den Eroberungskrieg verloren hatte. Nun organisierte man sich als herrschende Klasse in eigener Partei. Zweck: Revanche!

Die DNVP war nationalistisch, antisemitisch und (als Lockmittel für die Kaisertreuen, wie sie in der Bevölkerung so zahlreich waren) monarchistisch. Sie hatte – wie später dann die Nazis der NSDAP – eine völkische Programmatik und war eindeutig republikfeindlich. Diese Partei saß seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Parlament. Ihre Gründer und Führer waren z. B. Tirpitz (der Großadmiral der Kaiserlichen Marine), Kapp (von ihm wird 1920 zu hören sein; der Putsch wurde durch den politischen Generalstreik der Arbeiter beendet) und Hugenberg (der Meinungsmacher mit dem Zeitungskonzern).

1924 trat die DNVP mit ihrem Wahlauftritt vom 7. Dezember an die Öffentlichkeit, und sie nahm kein Blatt vor den Mund: „Wir kämpfen für Schwarz-weiß-rot!“ Im Text stehen die Forderungen und Ziele: „Bekämpfung der jüdischen Vorherrschaft ... so fordern wir besonders für Preußen, dass der Zustrom der Ostjuden endgültig abgedämmt wird. Deutschland den Deutschen!“ (Da wissen wir ja nun, wo die hiesigen Neonazis abgeschrieben haben.) Am Schluß stehen die kernigen Schlagworte: „Rechts – Christentum, Vaterland, gesunde Wirtschaft. Links – Unglaube, revolutionäre Wirrnis und wirtschaftlicher Ruin. Links – schwarz-rot-gelb, rechts – schwarz-weiß-rot!“

Zur gleichen Zeit und zum selben Zweck propagierte die Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFD, eine Ersatzorganisation der nach dem Münchner Hitlerputsch verbotenen NSDAP): „Wir wollen den völkisch-sozialen Staat, ... befreit aus der Umklammerung des internationalen kapitalistischen und jüdischen Polypen ...“ und „... Großdeutschland ... vor jeder Überfremdung durch rassefremde Elemente schützen.“ „Ahndung der Freiheitsberaubung unseres Adolf Hitler, Kriebel, Weber und anderer völkischer Männer.“ Als ‚Reichsführerschaft‘ unterzeichneten Ludendorf, Strasser und von Graefe.

Die rechtsextremistische DNVP errang 1924 im hiesigen Wahlkreis 3 (Potsdam II) die meisten Stimmen. Die NSFD konnte den ‚Marsch zur Feldherrnhalle‘ in München – also den versuchten Hitlerputsch – nicht übertünchen, sie landete mit ihrem Ergebnis am Ende der Parteien.

Im Einzelnen:

DNVP	253 000	
SPD	243 000	
DD	114 000	
KPD	105 000	(war nach dem Hamburger Aufstand v. Okt. 1923 bis Nov. 1924
DVP	78 000	verboten; erhielt reichsweit 12,6% = 62 Abgeordnete)
Zentr.	31 000	
WP	31 000	
NSFD	26 000	(Tarn- und Ersatzorganisation der NSDAP nach ihrem Verbot)

Dieser Rückhalt für die DNVP in Preußen ermutigte die Deutsch-Nationalen. Mit Alfred Hugenberg als Parteivorsitzenden erfolgte 1928 ein weiterer Rechtsruck. Ab 1930 kooperierte man mit der (längst wieder zugelassenen) NSDAP. 1931 bildete die DNVP mit dem „Stahlhelm“ unter Führung der Nazipartei die „Harzburger Front“. Die Hugenberg-Partei als die Steigbügelhalter der Nazis zu bezeichnen, trifft also voll zu. Da stand sie natürlich nach der „Machtergreifung“ Hitler nicht im Wege. Bei der Terrorwahl am 5. März 1933 (nach dem Reichstagsbrand) trat die DNVP gemeinsam mit dem „Stahlhelm“ als „Kampffront Schwarz-weiß-rot“ an und erreichte mit 8% 52 Sitze im Reichstag. Weil die NSDAP nur eine Koalitionsregierung bilden konnte, unterstützten alle bürgerlichen Parteien Hitler mit dem Ermächtigungsgesetz. Damit machten sie sich selbst überflüssig. Die Kommunisten wurden gejagt und in die KZ geworfen, die SPD im Juni verboten. Da lösten sich die bürgerlichen Parteien auf. Aber die DNVP spielte dann doch noch eine wichtige Rolle. Um die Abgeord-netenzahlen auf allen Ebenen wenigstens in die Nähe einer regierungsfähigen Mehrheit (unter Abrechnung der KPD und SPD und den aufgegebenen Mandaten der Bürgerlichen) zu bringen, trat die DNVP geschlossen zur NSDAP über. Ihr parteinahes Sammelbecken „Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband“ (mit gewerkschaftlichen Funktionen für die in den Büros Angestellten) war seit jeher eine der Keimzellen der Nazipartei. Da war der letzte Schritt nur logisch.

Die Kreisgruppe Rathenow der DNVP hatte ihre Geschäftsstelle in der Fabriken-straße 13, gegenüber der Post. Geschäftsführer war 1933 der Schriftleiter (Redakteur) Hermann Bolle. Er war langjähriger Abgeordneter in der Stadtverordnetenversammlung und sympathisierte wie seine Partei früh mit den Nazis. Auch bei den Terrorwahlen vom 12. März 1933 wurden er und sein Parteifreund Bange gewählt. Schon in der konstituierenden Sitzung der SVV am 22. März schlugen sich beide auf die Seite der NSDAP-Fraktion, die mit ihren 13 Mandaten (von insgesamt 33) noch nicht diktieren konnte. Erst die Verhaftung der drei kommunistischen Abgeordneten am 28. Februar/1. März 1933 hatte überhaupt ermöglicht, dass die Nazis auch in Rathenow „die Macht ergreifen“ konnten. Mit 15 Sitzen von nunmehr 30 brauchte man nur noch einen von den drei Abgeordneten der „Bürgerlichen Mitte/Zentrum/Staatspartei und Haus- und Grundbesitzverein“ auf die rechtsextreme Seite zu ziehen. Das war kein Problem, und so wurde die SPD-Fraktion mit ihren 12 Abgeordneten beiseite geschoben. Die Posten und Funktionen verteilte man unter sich, die Beschlüsse gegen die Arbeiterparteien und gegen die Juden „zog man durch“. Und als die Nazis und Rechten den DVP-Oberbürgermeister Ernst Lindner aus dem Amt kippen wollten, machten Banse und Bolle im „Untersuchungs-ausschuß“ bei den Nazis mit. Alle DNVP-Mandatsträger im gesamten Reich traten in die NSDAP-Fraktionen über. Bolle, der schon in der Zeit der Weimarer Republik als Scharfmacher gegen die Linke, besonders rabiat gegen die Kommunisten, aufgetreten war, hatte seine politische Heimat gefunden.

Was das alles mit meinen Ziemann-Vorfahren zu tun hat? Opa Hermann kam aus dem Warthegau, stellte dort Schnitterkolonnen aus polnischen Landarbeitern zusammen und zog durch die ostelbischen Güter, den Gutsherren das Korn einzubringen. Der Vormann und Aufseher war ein Diener der Krautjunker, der sich – überzeugt oder gezwungen – deren Interessen beugte. Das färbte offensichtlich ab.

Der älteste Sohn Erich ging 1918 zu den „Baltikumern“, den Freikorps, die vorwiegend in Litauen, Estland, Lettland und Polen gegen das junge Sowjetrußland kämpften – erfolglos. Als sie weichen mussten, kehrte er ins Wartheland zurück und wanderte rasch nach Amerika aus. Oma sprach davon, dass er sich womöglich für die Untaten hätte verantworten müssen, die sie begangen hatten.

Dann zog Familie Ziemann nach Arnim bei Stendal, wo Vater Hermann Gutsauf-seher wurde. Meiner Mutter Zwillingsbruder Hans arbeitete im Stendaler Warenhaus Ramelow und gehörte schon vor 1933 zur schwarzen SS und später zur Waffen-SS. Er wurde von den US-Amerikanern im ehemaligen KZ Dachau interniert, aber nach etwa zwei Jahren als „Minderbelasteter“ entlassen. Er wagte sich nie nach Stendal zurück. Man hätte ihn mindestens als am Judenpogrom 1938 Beteiligten identifiziert. Da blieb er lieber in Bayern und engagierte sich in der HIAG, der Hilfsgemeinschaft für die ehemaligen SS-Angehörigen.

Keiner kann sich seine Verwandtschaft aussuchen.

Der Vollständigkeit halber:

Unter den sechs Ziemann-Kindern war noch ein Sohn, ein Nachzügler. Herbert wurde 1920 geboren. Er wurde zur Wehrmacht eingezogen. Ausbildung bei der Infanterie, dann ausgewählt für die Fallschirmjägertruppe. Oma hatte ein Bild in Springermontur, da sah er sehr blaß aus. Vor dem ersten Sprung, war vermerkt. Und bald kam er zum Einsatz: 1941 auf Kreta.

Die Wehrmacht hatte 1936 mit der Rekrutierung der Fallschirmjäger begonnen. Generalmajor Student war der beauftragte Führer der Elitetruppe. Auf dem „Fliegerhorst“ Stendal-Borstel erfolgte die Aufstellung, dann war die Springerschule in Wittstock/Dosse zuständig. Der Einsatzbefehl zur Landung auf Kreta kam am 20. Mai 1941. Zehntausend Fallschirmjäger wurden abgesetzt und vom englischen Abwehrfeuer empfangen. Nur sechstausend waren am Boden kampffähig.

Nach den Untaten beim Polenfeldzug folgte nun der nächste Vernichtungskrieg, wehrten sich doch plötzlich auch die Griechen in Milizen und Bürgerwehren. Die wurden sofort zu „Freischärlern“ erklärt und waren vogelfrei. Das OKW verkündete zehnfache Vergeltung an Griechen und britischen Kriegsgefangenen, wenn die deutschen Fallschirmjäger „nicht nach den Regeln des Völkerrechts behandelt werden“. Eine Verdrehung der Tatsachen, eine Verhöhnung des Kriegsgegners. Denn Student befiehlt, „Freischärler“ sofort zu erschießen. Zur Vergeltung für Verluste durch die Partisanen lautet sein Befehl am 31. Mai 1941: Vergeltungsmaßnahmen sind 1. Erschießungen, 2. Kontributionen, 3. Niederbrennen von Ortschaften, 4. Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Gebiete.

Eines dieser Kriegsverbrechen findet am 2. Juni 1941 in Kondomari statt, wo mindestens 23 Männer erschossen werden. Generalmajor Ringel (5. Gebirgs-division) befiehlt am 4. Juni 1941, für jeden deutschen Getöteten zehn Kreter zu erschießen und die Orte niederzubrennen. (So werden in den ersten Monaten 2.000 Kreter umgebracht.)

Mein Onkel Herbert erzählte seiner Mutter unter dem Siegel der Verschwiegenheit, dass er bei einer Erschießung der männlichen Dorfbewohner dabei war. War es Kondomari? Der Führung der Fallschirmjäger war klar, dass sie Kriegsverbrechen befahl und durchführte, denn der Befehl des absoluten Schweigens lässt daran keinen Zweifel.

Nach dem griechischen Einsatz kam Onkel Herbert an die Ostfront, wo er bei der Belagerung Leningrads an einem Bauchschuß zugrunde ging.

Hier noch die Frage zu stellen, ob er auch „deutsch-national“ war, erübrigt sich. Er machte sich an den Naziverbrechen mitschuldig.

Die Deutsche Volkspartei (DVP)

Die DVP wurde am 15. Dezember 1918 gegründet, und ihre Führer richteten die Partei national, liberal und politisch eher rechts aus. Sie vertraten revisionistische Forderungen nach konstitutioneller Monarchie und einen „gemäßigten Nationalismus“. Gustav Stresemann wurde ihr Vorsitzender.

In den politischen Zielen steht die Interessenvertretung der Großindustrie an vorderster Stelle. „Wirtschaftsliberalismus“, also die Befreiung der Wirtschaft von hemmenden Fesseln staatlicher Regulierung (heute Neoliberalismus), bedient das Groß- und Kleinkapital. Natürlich finden sich auch die Förderung der Familie, die weltliche Bildung und niedrige Tarife im Programm, man braucht schließlich Wählerstimmen über die Zahl der Industriellen hinaus. Linke Ideen werden abgelehnt. Die Partei spricht sich klar gegen Sozialabgaben, gegen Agrarsubventionen und selbstverständlich gegen den „Marxismus“ aus, also gegen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Zunächst ist die DVP Teil der „nationalen Opposition“ zu den Weimarer und späteren Reichstags-Regierungsparteien. Aber Stresemann sucht Bündnisse. Er führt seine Partei zur Zusammenarbeit mit den Zentrums- und linksliberalen Parteien. Nur so kann man mitregieren, und Stresemann wird ab 1923 Außenminister bis zu seinem Tod 1929. Das bleibt er in neun Regierungen, seine Partei spielt sogar in elf von dreizehn Regierungen mit (1920 bis 1930). Das sind die Karrieren der kleinen Parteien, die sich den jeweiligen Koalitionen als Zünglein an der Waage anbieten. (In der BRD spielt die FDP später erfolgreich die gleiche Rolle.)

Den eigentlichen Höhepunkt politischen Einflusses hat die DVP 1920 mit 800.000 Mitgliedern. Bei den Reichstagswahlen bekommt sie 3,9 Millionen Stimmen, das sind 13,9%. Aber in den folgenden Jahren scheint niemand so recht der Partei mehr zu trauen. Der Stimmenanteil sinkt kontinuierlich und erreicht 1930 noch 1,5 Mill. (4,5%), um dann unter der Millionengrenze bei etwa 1% zu enden.

Nach Stresemanns Tod richtet sich die DVP scharf nach rechts aus. Sie findet in Hjalmar Schacht (Deutsche Demokratische Partei DDP, dem Hitlerförderer und -Parteigänger) einen Unterstützer des rechten Kurses. Jetzt wartet die zersplitterte bürgerliche Rechte auf die Nazis, um wieder mitzumischen. Der Irrtum wird ihnen bald klar werden.

Natürlich gibt es auch in Rathenow eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei. Ihr Vorsitzender ist 1933 der Telegraphen-Oberbauführer August Keune, der in der Roonstraße 3 wohnt. Das Tagungslokal ist das Café Smolinsky, Berliner Str. 12a an der Ecke Jägerstraße (Goethestr.). Hier schwinden die Wahlerfolge auch, und 1933 kann die DVP bei der Kommunalwahl im März gerade noch im Bündnis „Bürgerliche Mitte/Zentrum/Staatspartei“ einen der zwei Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung bringen.

Was nun? Fünf Vertreter der bürgerlichen Parteien sind unter den 33 Stadtverordneten: Zwei von der DNVP, einer vom Haus- und Grundbesitzerverein und eben die beiden der Bürgerlichen Mitte. Sie wollen sich der NSDAP als stärkster Kraft andienen, aber die Nazis zeigen ihre Zähne. Man braucht sie nur noch als Mehrheitsbeschaffer bis zur Alleinherrschaft, dann ist Schluß.

Die drei Kommunisten sitzen schon in Nazi-„Schutzhaft“, die zwölf Sozialdemokraten

stehen nach der Reichstagsprovokation auch unter Druck, ihr Verbot kündigt sich an. Will man sich engagieren, muß gehandelt werden. Der Wettlauf der willigen Kriecher beginnt.

Am 20. April 1933

– es ist Hitlers Geburtstag, aber das wird wohl keine Rolle gespielt haben; aber es ist sieben Wochen nach der Ausrufung der Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“, dem Beginn der zügellosen Verfolgung politischer Gegner – löst die Rathenower Ortsgruppe der DVP sich mit einstimmigem Beschluß auf und empfiehlt den Mitgliedern den Anschluß an die NSDAP. Das geschieht zwei Monate vor der zentralen Auflösung der Partei!

Quelle: Fehrbelliner Zeitung Nr. 46 vom 20. April 1933

Nun muß man nach der Rolle des bekanntesten DVP-Mannes fragen: Oberbürgermeister Ernst Lindner. Der amtiert ja über den 30. Januar (Hitler wird zum Reichskanzler ernannt) und über den 12. März, dem Kommunalwahltag, hinaus. Er „regiert“ doch die Stadt. Kann er die demokratischen Gepflogenheiten in der Stadt durchsetzen?

Die erste Stadtverordnetensitzung am 22. März wählt den Nazi Richard Schwarz, Rektor der Neustädtischen Schule am Schulplatz, zum Vorsitzenden. Vorstand und alle Posten von Ausschußvorsitzenden werden von Nazis besetzt. Die Bürgerlichen machen mit, steht doch der stärksten Fraktion ohnehin das meiste zu. Und wo nicht, will man sich den NSDAP-Leuten wohl als Mitmacher anbieten. Lindner spielt brav mit. Aber schon im April setzen ihm die Nazis einen Staatskommissar vor die Nase („Zum Schutze von Volk und Staat“), der nunmehr die Magistratsprotokolle abzeichnet: Dr. Wilhelm Räth. Am 3. April werden nationale und antisemitische Beschlüsse gefaßt, und damit die Bürgerlichen stillhalten, bekommen sie auch ein paar Posten als unbesoldete Magistratsmitglieder. Vorläufig. Am wichtigsten aber ist die Entmachtung Dr. Lindners als OB. Es wird unter Punkt 12 ein Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung aller Amtshandlungen der städtischen Verwaltung gebildet. Das Ziel ist klar, Lindner soll kriminalisiert werden. Im Ausschuß dürfen die Bürgerlichen Banse, Weinhold und Bolle mitmachen; es soll doch demokratisch aussehen.

Am 19. April führt schon Dr. Räth die Sitzung, und er bootet die verbliebenen Nicht-Nazis der Körperschaft aus. War das das entscheidende Zeichen für die DVP, sich am nächsten Tag schleunigst aufzulösen und die NSDAP-Mitgliedschaft anzustreben?

Am 7. Juli sind dann die Nazis in der SVV unter sich. Kommunistische, sozialdemokratische Abgeordnete und der Zentrum-Abgeordnete Weppner sind im KZ Oranienburg, die DNVP- und DVP-Überläufer vereinnahmt. OB Lindner wird ausgeschaltet mit dem Vorwurf der Veruntreuung von öffentlichen Geldern (ein Kredit der Stadt für den sozialen Wohnungsbau am Ebertring!). Räth wird Oberbürgermeister. Die Demokratiespielerei ist vorbei.

Am 27. Juni 1933 erfolgte die reichsweite Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien:
DNVP (Deutsch-Nationale Volkspartei) – am 27. Juni offizieller Anschluß an die NSDAP
DVP (Deutsche Volkspartei)
DStP (Deutsche Staatspartei)
Zentrumspartei – Auflösung am 5. Juli 1933